

WESTFALENPOST

STIMME DER HEIMAT | ECHO DER WELT

Alles neu



Energiemangel

Ulrike Kriener beginnt als „Kommissarin Lucas“ von vorn *Leute*

Siemens Energy schreibt schwarze Zahlen, baut aber Stellen ab *Wirtschaft*



MITTWOCH, 3. FEBRUAR 2021 | NR. 28 | 5. WOCHE

» Ein Titel der **FUNKE MEDIENGRUPPE**

Preis 2,20 € | EL

HEUTE IM LOKALTEIL

Gemeinsam im Kampf gegen Clan-Kriminalität

Landes- und Bundespolizei, Ruhrgebiets-Kreise und -Städte sowie der Zoll wollen im Kampf gegen Clankriminalität zukünftig gemeinsam zusammenarbeiten. Dieser „Sicherheitskooperation“ ist nun auch der Ennepe-Ruhr-Kreis beigetreten. **Südkreis**

„Wurden in Kliniken schutzlos gelassen“

Dr. Michael Schulte-Hermes arbeitet als Internist und Intensivmediziner in einem Krankenhaus. Den ersten Corona-Patienten behandelte er und sein Team am 18. März 2020. Seitdem hat die Krankheit den medizinischen Alltag bestimmt. **Gevelsberg**



Haaland trifft zum Zitter-Sieg

Dortmund gewinnt im DFB-Pokal erst nach der Verlängerung mit 3:2 gegen Paderborn

Bericht **Sport**

TAGEBUCH

Paket-Ortung

Es ist praktisch, dass man auf dem Telefon nachsehen kann, wo sich ein Paket befindet. In diesem Moment zum Beispiel ist der Paketwagen in der Mitte des Kohlenwegs angekommen, zeigt mir die App in Echtzeit und ergänzt: „Noch etwas mehr als 10 Zustellstopps bis zur Zustellung.“ Donnerwetter! Andererseits: Ist das nicht die totale Überwachung des Paketboten? Man könnte fragen: Warum ging es um 13 Uhr nicht voran mit der Zustellung? Hat der Postmann bei Haus Nummer 24 zweimal geklingelt? Solche Dinge meine ich. Aber eigentlich ist die Personenortung längst Alltag geworden, seitdem das Smartphone unser ständiger Begleiter geworden ist. Man kann auch Telefone so miteinander verbinden, dass das Eine das Andere ausfindig machen kann. Das ist praktisch, wenn man eines verummeldet hat. Und gucken, wo der Andere gerade ist, muss man ja nicht. Kann man aber. **Li**

Lockdown verletzt Kinder-Seelen

Ärzte und Psychotherapeuten registrieren stark gestiegene Zahl junger Patienten als Folge der Corona-Pandemie. Betroffene müssen auf einen Termin lange warten

Von Daniel Berg

Hagen. Ärzte und Psychotherapeuten sind im Hinblick auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in zunehmender Sorge. Der zweite Lockdown in der Corona-Pandemie treffe sie besonders hart. „Seit etwa Oktober, November sind die Patientenzahlen sprunghaft gestiegen. Und zwar in einer Art und Weise, die ich und alle, mit denen ich spreche, so noch nicht erlebt haben“, sagt Bernhard Moors, Vorstandsmitglied der Psychotherapeutenkammer NRW mit Praxis in Viersen am Niederrhein: „Es zeichnet sich ein alarmierendes Bild der psychischen Belastungen in der Corona-Pandemie ab.“

Viele Kinder und Jugendliche leiden verstärkt unter den Kontaktbeschränkungen, unter Stress und

Konflikten in der Familie, weil Eltern mit den Anforderungen von Homeoffice und Homeschooling überfordert sind. „Die Kontaktbeschränkungen führen bei Kindern und Jugendlichen zu Entwicklungsproblemen, die sich erst im Laufe der Zeit bemerkbar machen. Das ganze Ausmaß der Katastrophe wird erst in einigen Monaten sichtbar werden“, sagt Moors.

Perspektivlosigkeit

■ In welchem Alter die Kinder am anfälligsten für **psychische Schwierigkeiten** sind, ist nach Aussage der Experten schwer zu sagen. Für Kinder im Grundschulalter könnte das Distanzlernen ein Problem sein, junge Erwach-

Schon jetzt ist ein verschärfter Mangel an Therapiemöglichkeiten sichtbar. Es gibt Psychotherapeuten, die bis zu anderthalb Jahre Wartezeit haben. „Es liegen keine Statistiken über die aktuellen Durchschnittswartezeiten vor. Aufgrund der Pandemie ist aber mit höherer Wartezeit zu rechnen“, so Bernhard Moors.

Auch Dr. Burkhard Lawrenz,

stellvertretender Landesverbandsvorsitzender der Kinder- und Jugendärzte in Westfalen-Lippe mit Praxis in Arnsberg, sorgt sich um die Jugend. Er und seine Kollegen stellen fest, „dass sie nun spürbar mehr“ mit depressiven Verstimmungen zu tun haben. „Und wir merken, dass wir immer mehr Schwierigkeiten haben, einen Therapeuten zu finden, der keine monatelangen Wartezeiten hat.“

Moors fehlt in der Politik „eine Langzeitstrategie“ und Mitspracherecht für Kinder in den politischen Entscheidungsgremien. „Jetzt schon müsste dort überlegt werden, welche Angebote geschaffen werden, wenn die Pandemie vorbei ist, um erlittene Nachteile zum Beispiel beim Thema Bildung bestmöglich ausgleichen zu können.“

Bericht **Region**/Kommentar **Politik**

Jeff Bezos gibt Amazon-Leitung ab



Seattle. Der weltgrößte Onlinehändler Amazon leitet einen Wechsel an seiner Konzernspitze ein. Unternehmensgründer Jeff

Bezos wird den Vorstandsvorsitz im dritten Quartal 2021 an Andy Jassy abgeben, den Leiter des Cloud-Geschäfts. Das teilte Amazon gestern mit. Bezos wird Vorsitzender des Verwaltungsrats. **dpa**

Nawalny muss ins Straflager

Moskau. Kremlgegner Alexej Nawalny muss nach einem Urteil eines Moskauer Gerichts mehr als zwei Jahre ins Straflager. Der 44-Jährige habe gegen Bewährungsauflagen in einem früheren Strafverfahren verstoßen, so die Begründung des Gerichts. **Bericht/Kommentar Politik**

SPRUCH

„Ein Tropfen Liebe ist mehr als ein Ozean Verstand.“ **Blaise Pascal (1623 - 1662), franz. Literat**

BÖRSE

Dax	13.837	(13.622; 1.2.)
Tec Dax	3479	(3412; 1.2.)
Dow Jones	30.793	(30.162; 1.2.)
Euro	1,2044	(1,2084; 1.2.)

LESERSERVICE

0800 6060740

Die kostenlose Servicenummer Ihrer WESTFALENPOST. Sie erreichen uns auch unter Leserservice@wp.de

Zweifel an der Zielmarke 50

Erste Städte erreichen wichtigen Inzidenzwert – wie geht es dann weiter?

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Angesichts weiter sinkender Corona-Zahlen in NRW wächst die Ratlosigkeit über den weiteren Umgang mit der politischen Zielmarke von 50 Infektionen pro 100.000 Einwohner und Woche. Nach Münster (32,4) schickte sich gestern auch Mülheim (51,6) als zweite NRW-Großstadt an, den wichtigen Schwellenwert zu unterschreiten. Vor mehr als drei Monaten hatten Bund und Länder das Erreichen der Inzidenz 50 zum Ziel aller Lockdown-Maßnahmen erklärt, weil ab diesem Infektionsaufkommen die örtlichen Gesundheitsämter die Kontaktnachverfolgung zur Eindämmung der Pande-

mie wieder leisten könnten.

Das NRW-Gesundheitsministerium bestätigte auf Anfrage, dass Kommunen im Einvernehmen mit der Landesregierung grundsätzlich abweichende Regelungen von der noch bis mindestens 14. Februar geltenden Corona-Schutzverordnung treffen könnten – also auch Lockerungen bei den Grundrechtseinschränkungen wären möglich.

Die Stadtverwaltung in Mülheim hält jedoch wenig von Alleingängen. „Wenn wir lockern, werden die Leute vielleicht auch zu schnell wieder locker“, sagte ein Stadtsprecher. Ein rascher Wiederanstieg der Infektionszahlen sei dann nicht auszuschließen. Bislang sei man gut damit gefahren, sich an die Landesbe-

stimmungen zu halten.

Die Wirtschaft sieht mit Erreichen der 50er-Inzidenz ein Dilemma aufziehen. Einerseits bräuchten Bürger und Unternehmen eine Perspektive, auf welches Ziel die Maßnahmen überhaupt ausgerichtet sein sollen, sagte Guido Zakrzewski von der IHK Essen-Mülheim-Oberhausen. Andererseits sei ein Hin und Her aus Lockerungen und Verschärfungen von Maßnahmen wirtschaftlich katastrophal. Die IHKs in NRW wollen nun bis zu den nächsten Bund-Länder-Beratungen am 10. Februar eigene Öffnungsszenarien mit verbindlichen Korridoren bei Infektionszahlen entwerfen, auf die sich Gewerbetreibende einstellen könnten.

Anzeige

Globista REISEN FÜR MICH.

Urlaub mit dem Wohnmobil!

6 Nächte ab 650 € Fahrzeugmiete

Unsere Extras bei jeder Buchung nur für Sie inklusive:

- 100 € Tankgutschein
- Über 180 professionelle & erfahrene Mietstationen
- 3 ausgewählte FUNKE-Zeitschriften
- Haftpflicht- und Vollkaskoversicherung

Alle Fahrzeuge und Abholstationen sowie Informationen finden Sie auf globista.de/reisemobil oder **telefonisch unter 08583 21266**

(Mo. bis Do. von 09:00 - 17:00 Uhr, Freitag von 10:00 bis 12:00 Uhr)

Reisevermittler: FUNKE ONE GmbH, ein Unternehmen der FUNKE MEDIENGRUPPE, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen
Kooperationspartner: RENT AND TRAVEL, Helmut-Knaus-Straße 1, 94118 Jandelsbrunn



4 194580 802201

SPD-Politiker fordern mehr Impfzentren

Offener Brief an Ministerpräsidenten

Von Martin Korte

Brilon/Berlin. Die südwestfälischen SPD-Bundestagsabgeordneten fordern den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet auf, in den Flächenkreisen des ländlichen Raumes jeweils mindestens ein zweites Impfzentrum zu finanzieren. Bisher genehmigt die Landesregierung nur ein Zentrum pro Landkreis.

„Täglich erreichen uns zurzeit kaum noch zählbare Anrufe und Zuschriften von verzweifelten oder auch verärgerten Bürgerinnen und Bürgern aus unseren Wahlkreisen“, schreiben Nezahat Baradari (Attendorn), Dagmar Freitag (Iserlohn), Wolfgang Hellmich (Soest) und Dirk Wiese (Brilon) in einem offenen Brief an Laschet. Darin geht es auch um die Frage der Erreichbarkeit von Impfzentren.

Lange Fahrzeiten

Die Landesregierung mute den Bürgern aus Kostengründen „lange Fahrzeiten mit dem ÖPNV, in der Regel zudem verbunden mit Umstiegen“ zu, wirft das SPD-Quartett Laschet vor. Betroffen seien vor allem Menschen, „die sich oftmals nur mit Rollator oder im Rollstuhl fortbewegen können“.

Die Altersgruppe 80 plus verdiene es, schnell und ohne allzu großen organisatorischen Aufwand geimpft werden zu können, heißt es in dem Brief. Nicht jeder ältere Mensch habe Verwandte, die den Transport zum Impfzentrum übernehmen könnten.

Volkswirtschaftlicher Schaden

Jeder zusätzliche Tag des Lockdowns ziehe volkswirtschaftlich erhebliche höhere Schäden nach sich als die Kostenübernahme für zusätzliche Impfzentren in Flächenkreisen. „Wir fordern Sie im Sinne der Betroffenen auf, diese Entscheidung zügig zu überdenken und den Landräten der betroffenen Flächenkreise des ländlichen Raumes zeitnah die Kostenübernahme für mindestens ein zusätzliches Impfzentrum pro Kreis zu bestätigen“, appellieren die SPD-Politiker an Laschet.

Selbstverständlich würde Karl Schneider (CDU) nie einen SPD-Brief unterschreiben, inhaltlich steht er jedoch in diesem Fall auf der Seite der Sozialdemokraten. „Die Forderung nach einem zweiten Impfzentrum stelle ich seit langem“, sagte er dieser Zeitung. Bisher habe NRW-Gesundheitsminister Laumann das Ansinnen aber immer wieder zurückgewiesen. Dass der Kreis selbst ein zweites Zentrum finanziert, lehnt Schneider aus Kostengründen ab.

Kreisübergreifende Lösungen

Erwägenswert hält er jedoch den Vorschlag, dass Menschen Impfungen auch in Nachbarkreisen ermöglicht werden sollen, wenn die Zentren dort besser zu erreichen sind. Eine solche Entscheidung müsse jedoch auf anderer politischer Ebene und bei den Kassenärztlichen Vereinigungen getroffen werden.

Kreisübergreifende Impfungen hält auch Dirk Wiese für „sehr sinnvoll“. Der SPD-Fraktionsvize im Bundestag regte im Gespräch mit dieser Zeitung an, dass sich die zuständigen Stellen an einen Tisch setzen sollen, um die organisatorischen Fragen zu beantworten.

Querdenker: Stadt geht gegen Mitarbeiter vor

Hagener Oberbürgermeister entbindet Leiterin der Bußgeldstelle nach Demo-Teilnahme von Aufgaben

Von Jens Stubbe

Hagen. Nach der Teilnahme zweier Ordnungsamtsmitarbeiter an einer „Querdenker“-Demonstration gegen Corona-Maßnahmen, die bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hatte, hat die Stadt Hagen nun doch erste Konsequenzen gezogen. Die

beiden Mitarbeiter, darunter die Leiterin der städtischen Bußgeldstelle, die auch Verstöße gegen die Coronaschutzverordnung zu ahnden hat, sind mit sofortiger Wirkung von ihren Aufgaben entbunden worden. Das hat Oberbürgermeister Erik O. Schulz (parteilos) am Dienstag entschieden. Zudem gebe

es eine dienstrechtliche Untersuchung. Noch am Montag hatte die Stadt keine dienstrechtlichen Verstöße erkennen können: Privates und Dienstliches sei zu trennen.

Das hört sich nun etwas anders an: Die Maßnahmen stellten zwar keine Vorverurteilung der Mitarbeiter dar, so der Oberbürgermeister.

Dennoch sei durch die Teilnahme an der Demonstration die Glaubwürdigkeit der Stadt in ihrer Funktion als Ordnungsbehörde infrage gestellt worden. „Wer für die Einhaltung der Coronaregelungen mit zuständig ist, darf keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass er oder sie diese auch selbst akzeptiert.“



Traurige Zeiten: Durch den Lockdown sind Familien stark belastet. Manche Kinder brauchen therapeutische Hilfe. FOTO: SOLOVYOVA / GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

Das Leid der Kinder in Coronazeiten

Psychotherapeuten schlagen Alarm: Vielerorts findet eine „Degeneration der Kinder“ statt. Struktur, soziale Kontakte und Bewegung fehlen – und Therapieangebote sind rar

Von Daniel Berg

Hagen/Siegen. Ein Szenario wie derzeit hat Nina Aulmann nach 15 Jahren im Beruf noch nicht erlebt. „Es findet vielerorts eine Degeneration der Kinder statt. Das ist beispiellos“, sagt die Psychotherapeutin für Kinder und Jugendliche in Siegen.

„Jeden Tag bekomme ich Mails mit Hilfesuchen. Freie Therapieplätze sind Mangelware und mehr als dringend notwendig.“ Dramatisch für all jene, denen die Coronapandemie und ihre Folge in den eigenen vier Wänden über den Kopf wachsen. Und das sind viele. „Seit dem zweiten Lockdown kann ich einen exorbitanten Zuwachs der Nachfrage erkennen“, sagt Aulmann. „Die Familien sind maximal belastet durch Home-Schooling und Home-Office. Durch das ständige Aufeinanderhocken entstehen einerseits deutlich mehr Konflikte innerhalb der Familien und andererseits zunehmend depressive Verstimmungen bei Kindern und Jugendlichen.“

Sie erlebt Jugendliche, die keine Strukturen mehr kennen, die sich an keine Regeln mehr halten, die

keine Leistungen mehr erbringen, die bis 6 Uhr morgens Computerspiele zocken und um 16 Uhr aufstehen. Kinder, die an Gewicht zunehmen, weil sie zu viel fernsehen oder daddeln und sich zu wenig bewegen, die frustriert sind, weil es zu Konflikten zu Hause kommt. Kinder und Jugendliche, die depressiv werden oder zumindest depressive Tendenzen aufweisen. Andere Psychotherapeuten berichten von Kindern, die einen Waschzwang entwickeln und sich 20, 30 Mal am Tag die Hände waschen.

Wartezeiten regional unterschiedlich

Bernhard Moors hat seine Praxis für Kinder- und Jugendpsychotherapie in Viersen am Niederrhein. Er ist Vorstandsmitglied der Psychotherapeutenkammer in NRW – und bestätigt den Trend. Aus seinem Alltag sowie Gesprächen mit Kollegen stelle er fest, dass „die Patientenzahlen sprunghaft gestiegen“ seien. Daraus resultiert ein Behandlungsproblem. Psychotherapeuten gibt es ohnehin schon zu wenige. „In der Regel sollten Patienten innerhalb von bis zu zwölf Wochen einen Kontakt zu einem Kinder- und Jugendli-

chenpsychotherapeuten bekommen können. Die Wartezeit hängt sehr von der Psychotherapeutendichte ab und diese ist in den Regionen sehr unterschiedlich.“



„Wenn das nicht schnell endet, werden wir bald noch viel mehr depressive Kinder und Jugendliche haben.“

Nina Aulmann, Psychotherapeutin

In Städten wie Köln oder Münster, sagt Moors, gebe es im Vergleich zur Bevölkerung viele Psychotherapeuten. In eher ländlichen Gebieten wie dem Sauer- oder Siegerland sei das anders. Heißt: Nicht jeder, der schnell Hilfe braucht, bekommt diese im benötigten Maße.

Ein Eindruck, den Dr. Burkhard Lawrenz teilt. Beim Kinder- und Jugendarzt aus Arnsberg, stellvertretender Vorsitzender des Berufsverbandes in Westfalen-Lippe, melden

sich ebenfalls vermehrt Kinder mit psychischen Leiden. Er und seine Kollegen merken, „dass wir immer mehr Schwierigkeiten haben, einen Therapeuten zu finden, der keine monatelangen Wartezeiten hat. Die meisten sind langfristig ausgebucht, was auch kein Wunder ist: Die Psychotherapeuten und Psychologen haben ja auch vor der Pandemie schon an der Belastungsgrenze gearbeitet.“

Besserung ist nicht in Sicht. „Das dicke Ende kommt erst noch“, sagt Nina Aulmann. „Kinder brauchen Struktur, soziale Kontakte und Bewegung. Sie gewöhnen sich aber auch schnell an die mangelnden Strukturen und Anforderungen. Deswegen glaube ich: Wenn das nicht schnell endet, werden wir bald noch viel mehr depressive Kinder und Jugendliche haben.“ Und dann? „Im absoluten Notfall, wenn eine Eigen- oder Fremdgefährdung vorliegt, dann sind die Kliniken zuständig“, sagt Aulmann.

Der andere Blick auf die Situation

Eine Klinik, wie sie Professor Oliver Fricke, Leitender Arzt der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke, leitet. Er hat einen etwas anderen Blick auf die Entwicklungen. Der Bedarf an stationärer Behandlung für Grundschulkinder – vor allem Jungen – sei „in vielen Kliniken gesunken“, sagt Prof. Fricke. „Meine Vermutung ist, dass durch die Distanz zur Schule diese Probleme im Moment nicht so im Vordergrund stehen, da die Dekompensation im Verhalten vor allem im Rahmen der Schule zu beobachten ist und diese derzeit nicht stattfindet. Ich denke, dass diese Kinder aktuell mit dem Gebrauch von Medien zu Hause ‚stillgestellt‘ sind und schlagartig eine Notwendigkeit nach Versorgung wieder da ist, wenn die Schule wieder Präsenz erfordert.“

Eltern sollen ausprobieren, was ihren Kindern bekommt

Fünf Experten-Tipps für Familien, um die Lockdown-Zeit zu überstehen

Fünf Experten-Tipps für Eltern in Zeiten von Corona:

1. Die Tagesstruktur der Kinder erhalten oder aufbauen. Heißt: Ab 8 oder 9 Uhr so lange mit Schulstoff beschäftigen, wie das sonst auch der Fall wäre.

2. Viel Bewegung, am besten an der frischen Luft. „Das hilft immer“, sagt Bernhard Moors von der Psychotherapeutenkammer NRW.

3. Mit den Kindern über Corona sprechen und ihre Fragen beantworten, eigene Unsicherheiten aber ehrlich einräumen. „Was man nicht weiß, kann man nicht beantworten. Aber reden erleichtert die Situation für alle“, sagt Moors.

4. Kontakt mit anderen Kindern oder Jugendlichen in dem Maß, in dem es die Coronaschutzverordnung zulässt. „Für Kinder und Jugendliche sind Kontakte zu Gleichaltrigen enorm wichtig. Sie

orientieren sich am Verhalten anderer, erfahren so wichtige Reaktionen auf ihr eigenes Verhalten“, so der Psychotherapeut.

5. Jedes Kind ist anders, daher müssen Eltern ausprobieren, was ihren Kindern bekommt und was nicht. „Zu viel Medienzeit ist natürlich schlecht, aber derzeit alles immer zu verbieten und den Kindern zu sagen, dass sie doch jetzt mal still sein sollen, ist auch nicht der richtige Weg.“

LESERBRIEFE

Kein Sozialabbau, Hilfe ist erforderlich

Lage auf dem Arbeitsmarkt. Corona macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Es wird schwieriger, Arbeit zu finden. Die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängert sich. Damit kommt ein weiteres Problem auf viele Menschen zu, die schon jetzt von der Coronapandemie überfordert sind. Staatliche Hilfen sind erforderlich, um die Situation wenigstens etwas erträglicher zu machen. Vor diesem Hintergrund ist es eine bodenlose Dreistigkeit, dass der Präsident von Gesamtmetall von der Politik „Anreize zur Arbeit“ vergleichbar mit der Agenda 2010 – das heißt massiven Sozialabbau! – fordert.
Heinz-Dieter Simon, Menden

Pfiffige Helme

Helmpflicht. Da es immer mehr Radfahrer geben wird, werden auch die Unfallzahlen steigen. Besonders die E-Bikes ermöglichen ein höheres Tempo, wodurch bei einem Sturz schwere Kopfschäden oft die Folge sind. Es kann doch nicht sein, dass einem seine Frisur wichtiger ist als sein Leben? Die Industrie hat mittlerweile pfiffige Helme entwickelt, die erstens gut aussehen und unter denen man auch nicht mehr am Kopf schwitzt. Eine Helmpflicht wird es sowieso geben, je schneller umso besser.
Alfred Schmalor, Sundern

Völlig falsch

Bahnreform. Kurz vor dem Jahreswechsel haben die Grünen ihr Konzept für die Gestaltung des Schienenverkehrs vorgelegt. Diese Pläne sind völlig falsch und gefährlich. Unter anderen wollen die Grünen bei der Deutschen Bahn Netz und Betrieb aufspalten und damit faktisch den Konzern zerschlagen. Schon einmal wurde das Projekt der Spaltung Netz und Betrieb in Augenschein genommen und dann beerdigt. Denn das wäre zu Lasten des Schienenverkehrs und zu Lasten der Beschäftigten gegangen.
Gerd Homm, Hagen

So geht es nicht!

Impfstoff. Wenn mehrere Lieferanten nicht an die EU liefern wollen, dann sollte man seitens der EU und der EU-Staaten die Verträge, die ausgekugelt wurden, offen legen. Herauskommen würde wahrscheinlich, dass diese juristisch so windelweich formuliert wurden, dass sich die Firmen diese Verhalten gegenüber EU und Einzelstaaten leisten können. Als Folge müssten dann Köpfe rollen, damit wieder mit fähigen Politikern Vertrauen beim Wähler entstehen kann. So geht es nicht weiter!
Georg Thielmann, Oberveischede

Ihre Meinungsäußerung ist uns willkommen. Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Wir behalten uns Kürzungen vor. Schicken Sie Ihre Leserbriefe mit kompletter Adresse und Tel.-Nr. an:

WESTFALENPOST
Leserdialog
Schürmannstraße 4
58097 Hagen
☎ 02331 917-4172; Fax: -4206
leserdialog@westfalenpost.de